

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

EWR-Ratsitzung über Liechtenstein

Der EWR-Rat trifft sich heute Dienstag zu einer Sitzung, um über die ersten Monate des Inkrafttretens des EWR-Vertrages zu beraten. An der Sitzung in Brüssel nehmen alle Aussenminister der EFTA-Staaten (mit Ausnahme der Schweiz), die EG-Aussenminister sowie die Kommission der Europäischen Union teil. Weil der österreichische Aussenminister Dr. Alois Mock an dieser Sitzung teilnehmen wird, fehlt er – entgegen anderslautenden Ankündigungen – beim Besuch von Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel in Wien. Er wird dem Vernehmen nach erst am Mittwoch morgen zu einer kurzen Besprechung mit dem liechtensteinischen Regierungschef zusammentreten.



Botschafter Roland Marxer: Erwartung von konkreten, positiven Signalen aus der EWR-Ratsitzung am Dienstag in Brüssel.

Die liechtensteinische Delegation für die EWR-Ratsitzung wird angeführt von Aussenministerin Dr. Andrea Willi und Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein. Ergänzt wird die Delegation durch Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den derzeit auch Informationsbeauftragter für EWR-Fragen, sowie durch Prinzessin Maria Pia von Liechtenstein, die vor kurzem zur Botschafterin bei den Europäischen Gemeinschaften ernannt wurde.

Wie Botschafter Roland Marxer auf Anfrage erklärte, wollen die Minister eine Bestandaufnahme über die ersten EWR-Monate vornehmen, wobei der Sonderfall Liechtenstein Teil dieser Bestandaufnahme sein wird. Die Minister werden sich nach seinen Vorstellungen nicht im Detail mit der «Lösungsplattform» beschäftigen, jedoch die Position Liechtensteins zur Kenntnis nehmen. Von diesem Treffen erwartet sich die Regierung nach seinen Worten aber konkrete, positive Signale für das weitere künftige Vorgehen.

Frühlingserwachen in der Schweizer Bauwirtschaft

Zürich (AP) In der Schweizer Bauwirtschaft löst nach Einschätzung der SKA-Konjunktexperten ein zaghaftes Frühlingserwachen das frostige Klima ab. Für das laufende Jahr wird mit einer Steigerung der Bauproduktion um ein Prozent gerechnet, wie es in der jüngsten Ausgabe des SKA-Monatsmagazins «Bulletin» heisst. Auch in der Uhrenindustrie weisen die Zeiger nach oben. Die Bauwirtschaft hat nach Einschätzung der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) die Sohle des gegenwärtigen Konjunkturtals durchschritten. Beim Auftragseingang sei ein zaghafter Aufschwung absehbar, so dass die Bauproduktion im laufenden Jahr um real ein Prozent zunehmen dürfte.

Alles dreht sich um die Kernfragen der Europa-Politik

Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel führen heute Gespräche mit der Wiener Regierung

(G.M.) – Wenn sich heute Dienstag Regierungschef Dr. Mario Frick und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel in Wien mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky und dem Vizekanzler Dr. Erhard Busek zu einem Gespräch treffen, werden europäische Fragen im Mittelpunkt stehen. Österreich steht vor der EU-Volksabstimmung, Liechtenstein vor dem EWR-Beitritt.

Die guten Beziehungen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein sind in der Vergangenheit immer wieder als gut und problemfrei bezeichnet worden. Das Wort von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, «die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich sind ausgezeichnet, freundschaftlich und von gegenseitigem Verständnis und Respekt gekennzeichnet», vor einigen Jahren gesprochen, hat heute noch seine Gültigkeit.

Auch im multilateralen Bereich setzte der österreichische Bundeskanzler Akzente, als er im Hinblick auf die unterschiedlichen Absichten Österreichs und Liechtensteins, an der europäischen Integration teilzunehmen, ausführte: «In welcher Form die einzelnen Staaten an der Europäischen Integration teilnehmen wollen, muss jeder für sich entscheiden. Österreich jedenfalls hat ein Beitrittsansuchen an die EG gestellt und versucht als EFTA-Mitglied zur Schaffung des EWR beizutragen. Wie immer



Regierungschef Dr. Mario Frick (links) und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel reisten gestern abend nach Wien und treffen heute Dienstag mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky sowie Vizekanzler Dr. Erhard Busek zu einem Gespräch zusammen. Aussenminister Dr. Alois Mock wird sich am Mittwoch mit dem liechtensteinischen Regierungschef treffen. (Archivbild)

die Form der Teilnahme der einzelnen Staaten am europäischen Integrationsprozess aussehen mag, die Beziehungen untereinander werden dadurch sicher noch vielfältiger.»

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel, vor seiner Abreise nach Wien

über das Verhältnis Österreichs und Liechtensteins nach dem EU-Beitritt bzw. nach dem EWR-Beitritt angesprochen, meinte in Übereinstimmung zu diesen von Vranitzky 1991 geäusserten Worten, dass es grundsätzlich keine Änderungen im freundschaftlichen Verhält-

nis zwischen den beiden Nachbarstaaten geben werde, doch die Integration durchaus zu einem anderen Beziehungsnetz führen müsse. Insbesondere wird deshalb die Frage nach der Verdichtung der EU-Grenzen nach aussen eines der Themen am Wiener Regierungssitz sein, die zwischen den Regierungsspitzen Österreichs und Liechtensteins zur Sprache kommen werden. Aussenminister Dr. Alois Mock, der heute Dienstag an der Sitzung des EWR-Rats in Brüssel weilt, wird am Mittwoch mit Regierungschef Frick zusammentreffen. Möglicherweise kann er bis dann bereits Näheres über die Einstellung des Rats zum Lösungsvorschlag Liechtensteins berichten, der über die sogenannte Lösungsplattform den Beitritt zum EWR und die Beibehaltung der Zoll- und Regionalunion mit der Schweiz ermöglichen soll.

Neben den europäischen Themen werden sich die Regierungsvertreter, wie Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel erklärte, auch über bilaterale Themen unterhalten. Insbesondere soll es dabei um die Frage der Teilnahme Liechtensteins an den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen der Europäischen Union gehen sowie um die regionale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Fachhochschulen.

Mehr darüber im Interview mit Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel auf Seite 3.

Eine menschliche Gesellschaft in einem lebenswerten Dorf

Vorstellung der Zukunftsperspektive Schaan zuhänden der Öffentlichkeit – Sicherheit und Lebensqualität stehen im Vordergrund

(G.M.) – Mit dem Projekt «Zukunftsperspektive Schaan» soll die bevölkerungsmässig grösste Gemeinde unseres Landes einen Aufschwung für die politische Kultur erhalten. Der in diesem Zusammenhang von einem Projektbüro erstellte Grundlagenbericht mit den Analysen der Befragungen der Bewohner wurde gestern abend der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach den Vorstellungen von Vorsteher Hansjakob Falk soll eine «menschliche Gesellschaft in einem lebenswerten Dorf» das Ziel der Aktivität im Zusammenhang mit dem Projekt sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nach seinen Worten Fragen nach der Zukunft von Schaan stellen, sie sollen aber auch aktiv mitarbeiten können an der Verwirklichung der gesteckten Zielsetzungen. Projektleiter Daniel Walker bezeichnete als ein Projektziel die Initialisierung eines zukunftsgerichteten Impulsprogramms, das unter aktiver Beteiligung der Einwohnerschaft erarbeitet werden soll. Im Mittelpunkt der künftigen Politik soll Sicherheit und Lebensqualität stehen. Damit dies und die anderen Zielsetzungen verwirklicht werden können, möchten die



Zukunftsperspektive Schaan heisst das Projekt, das die Gemeinde Schaan gestern abend der interessierten Bevölkerung vorgestellt hat. Mit neuer politischer Kultur sollen die Probleme der Zukunft angegangen werden, nachdem eine ausführliche Analyse der Problemkreise vorliegt. Vorsteher Hansjakob Falk präsentierte die Studie mit Projektleiter Daniel Walker und Heinz Müller. (Bild: Beat Schurte)

Gemeindebehörden jedoch die politische Kultur auf eine neue Basis stellen.

Ausgangslage für das Projekt Zukunftsperspektive stellt die Diskussion

über die Sanierung der Schul- und Freizeitanlage Resch dar. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang die Entdeckung gemacht, dass viel mehr als nur

die Sanierung anstehe, sondern dass für die Zukunft viel mehr geplant – in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung – werden müsse.

Lufthansa wieder zuversichtlich

Gewinn und Dividende in Sicht – Kapitalerhöhung soll 1,7 Milliarden bringen

Frankfurt (AP) Der Lufthansa-Kranch hat die Turbulenzen der Rezession und seine «Schlankheitskur» offenbar hinter sich. Die Konzernspitze stellte am Montag in Frankfurt für das laufende Jahr wieder einen Gewinn und eine Dividende in Aussicht. 1993 lag der Bilanzverlust bei 111 Millionen Mark nach Steuern. Die Lufthansa soll noch dieses Jahr privatisiert werden.

Vorstandschef Jürgen Weber bezifferte die Ergebnisverbesserung in der AG von 1992 auf 1993 auf 163 Millionen Mark. Dazu beigetragen haben laut Weber Einsparungen bei Personal und Kostenstruktur. Die Lufthansa hatte am 30. April noch 39 855 Mitarbeiter. Mitte 1992 waren es noch fast 50 000 gewesen.

Ergebnisverbessernd wirkten sich auch die Kooperationen aus. Weber verwies besonders auf die Partnerschaften mit dem amerikanischen Mega-Carrier United Airlines, mit der brasilianischen Varig und der Finnair.

Mit Gewinnen trugen auch die Tochtergesellschaften Condor (11,9 Millionen Mark, Vorjahr 2,6 Millionen), Lufthansa Commercial Holding (12,3 Millionen, Vorjahr 10,4 Millionen) zum Ergebnis bei. Besonders aber hob Weber die Catering-Tochter LSG hervor, die 1993 knapp 20 Millionen Mark in die Kasse brachte.

1994 verbesserten sich die Lufthansa-Zahlen laut Finanzvorstand Klaus Schelde weiter.

Gipfeltreffen der Politikerinnen

Regierungs- und Stadträtinnen zu Erfahrungsaustausch in Bern

Bern (AP) Die Schweizer Bundesrätin Ruth Dreifuss hat am Montag nachmittag in Bern 28 amtierende Regierungs- und Stadträtinnen zu einem Erfahrungsaustausch empfangen. Ziel war gemäss Dreifuss, den zumeist neu im «harten Metier» arbeitenden Frauen den Einstieg zu erleichtern und den Dialog zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu verbessern.

28 der derzeit 36 Frauen mit Regierungsverantwortung in einer kantonalen oder städtischen Exekutive haben der Einladung Folge leisten können, wie Dreifuss am späten Nachmittag nach dem fast dreistündigen Gespräch mit den Frauen sagte. 24 der eingeladenen 36 Frauen seien in den letzten vier Jah-

ren gewählt worden. «Viele von uns sind neu in der Politik», stellte die EDI-Vorsteherin fest. Zum zweiten habe sie den Eindruck, dass in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation die Zusammenarbeit zwischen den drei Ebenen Bund, Kantonen, Gemeinde sehr oft vernachlässigt werde.

Bei dem Gespräch ging es gemäss der Solothurner Regierungsrätin Cornelia Flüg-Hitz nicht darum, einen Konsens zwischen den sehr verschiedenen politischen Standpunkten zu finden. Hingegen waren sich die Frauen einig, dass intensiver über die Methoden der politischen Auseinandersetzung gesprochen werden müsse.